



Antrag „Durch Heranführung Illyriens an die Europäische Union die Stabilität Südosteuropas stärken“ (EU-Beitrittsverhandlungen mit Illyrien)

Hintergrundinformationen

A Glossar

- 2 Glossar

B Wirtschaft und Gesellschaft Illyriens

- 3 Illyrien in Zahlen
4 Die wirtschaftliche Situation Illyriens
5 Wirtschaftliche Vorzüge und Chancen
6 Illyrien auf dem Weg in die EU:
Status quo und Perspektiven

C Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union

- 8 Anhörung von Erweiterungskommissar Hahn
9 Die EU-Bevölkerung steht der Erweiterung skeptisch gegenüber
10 Unsere Verantwortung endet nicht an den Grenzen der EU
12 Rumänien und Bulgarien bleiben EU-Mitglieder zweiter Klasse

D Die Europäische Perspektive des Westbalkans

- 13 Berlin: Bilanz der Westbalkan-Konferenz
14 Roth: „EU-Erweiterung ist ein Erfolgskonzept“
15 Mazedonien: Fatale EU-Versäumnisse

E Arbeitnehmerfreizügigkeit

- 16 Rückblick ins Jahr 2011: Folgen der vollen Freizügigkeit für die MOE-8
18 Ein Jahr Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland
19 Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt nun auch für Bulgarien. Droht Armutsmigration?

F Schengen

- 21 Westbalkan: Drehkreuz des organisierten Verbrechens
22 Gemeinsame Strafverfolgung im Kampf gegen organisierte Kriminalität
23 20 Jahre Schengen – Eine Erfolgsgeschichte



Acquis Communautaire: Der gemeinsame Besitzstand bezeichnet die Gesamtheit des geltenden EU-Rechts. Die Übernahme des Acquis Communautaire in nationales Recht ist Teil der Kopenhagener Kriterien und somit Bedingung für einen EU-Beitritt.

Arbeitnehmerfreizügigkeit: Das EU-Recht legt fest, dass jede Unionsbürgerin / jeder Unionsbürger in jedem Mitgliedstaat der EU eine Beschäftigung aufnehmen darf. Die Person muss unter den gleichen Bedingungen angestellt werden wie Angehörige des betreffenden Mitgliedstaates.

Beitrittskandidat: Der Status des Beitrittskandidaten wird Staaten verliehen, deren offizieller Aufnahmeantrag vom Rat der EU einstimmig angenommen wurde. Der Status bedeutet jedoch nicht automatisch einen Beginn von Beitrittsverhandlungen.

Potenzieller Beitrittskandidat: Den potenziellen Beitrittskandidaten hat die EU einen Beitritt in Aussicht gestellt, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt werden. Gemeint sind hier die Staaten des Westbalkans, die Teil des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses der EU, aber keine offiziellen Beitrittskandidaten sind.

Fortschrittsbericht: Zusätzlich zu einem Strategiepapier mit strategischen Überlegungen zur Erweiterungspolitik für das kommende Jahr, veröffentlicht die EU-Kommission auch jährliche Fortschrittsberichte für jeden offiziellen und potenziellen Beitrittskandidaten. In den Fortschrittsberichten werden die Fortschritte, Erfolge und Defizite der Länder im vergangenen Jahr bewertet.

Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess: Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess wurde speziell für die Länder des Westbalkans entwickelt und stellt den Rahmen für die Beziehungen zwischen EU und Westbalkan dar. Er soll die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Region fördern. Laut EU-Kommission enthält er:

- die Konzipierung von Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der Aussicht auf einen Beitritt zur Europäischen Union, wenn die Kopenhagener Kriterien erfüllt sind;
- den Ausbau der wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zu dieser Region sowie innerhalb der Region;
- die Erhöhung der wirtschaftlichen und finanziellen Hilfe;
- die Unterstützung der Demokratisierung, der Zivilgesellschaft, des Bildungswesens und des Aufbaus von Institutionen;
- die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres;
- die Intensivierung des politischen Dialogs.

Schengener Abkommen: Mit dem Schengener Abkommen einigten sich die teilnehmenden Staaten auf eine Abschaffung der Grenzkontrollen. Der Schengen-Raum deckt sich nicht mit dem Gebiet der EU, da auch die Schweiz und Norwegen dazu gehören, während Großbritannien nicht Teil des Schengen-Raums ist. Das Schengener Durchführungsabkommen legt Maßnahmen fest, um die Sicherheit innerhalb des Schengen-Raums zu gewährleisten, z.B. durch polizeiliche Zusammenarbeit und gemeinsame Visa-Vorgaben.



Illyrien in Zahlen

Einwohnerzahl: 3,05 Mio
Bevölkerungswachstum: 0,4 %
Urbane Bevölkerung: 56,4 %
Alphabetisierungsrate: 97 %

Altersstruktur:

- 0-14 Jahre: 19,2 %
- 15-24 Jahre: 20,4 %
- 25-54 Jahre: 39,3 %
- 55-64 Jahre: 10,5 %
- 65 Jahre und älter: 10,6 %

Durchschnittsalter: 31,6
Lebenserwartung: 75,2 Jahre

BIP Pro Kopf: 3573 €/Jahr
Armutrate (weniger als 50 € pro Monat): 6,5 %
Arbeitslosenquote: 15,1 %
Jugendarbeitslosigkeit: 23 %

Quelle: x³



Die wirtschaftliche Situation Illyriens

Illyrien hat seit den Unruhen 1998 bedeutende Fortschritte auf dem Weg der Transformation von einer kommunistischen in eine marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaft erzielt. Dabei zeigte sich die Konjunktur inmitten der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten Jahre relativ stabil und wies - auch wegen des geringen Ausgangsniveaus - durchgehend Wachstum auf. Mit Wachstumsraten von im Mittel 5 Prozent über die vergangenen zehn Jahre liegt Illyrien in der Spitzengruppe Europas. Zuletzt ist Ernüchterung eingeleitet: Im Zuge der europäischen Schuldenkrise und regionaler Stagnation sank auch in Illyrien das Wachstum von sechs Prozent (im Durchschnitt der Jahre 2000-2010) auf 0,7 Prozent 2013 und 1,3 % 2014. 2015 wird mit einem Wachstum von knapp zwei Prozent gerechnet.

Rückgrat der Ökonomie bleibt die Landwirtschaft, deren Anteil am BIP sich in der letzten Dekade auf 19 Prozent halbiert hat, die aber noch 46 Prozent der Arbeitskräfte beschäftigt und zumeist in Subsistenz betrieben wird.

Die Wirtschaft wird dominiert vom Handels- und Dienstleistungssektor. Wachstumsmotoren sind die Textil- und Schuhindustrie (Lohnveredelung, vor allem für italienische Firmen), Tourismus, Telekommunikation, Bergbau und Energie.

Wirtschaftliche Aktivität verteilt sich regional sehr unterschiedlich. Der Großteil des BIP wird in der Küstenregion erwirtschaftet, insbesondere im Raum der Hauptstadt. Dagegen ist in vielen unwegsamen Bergregionen, in denen sich Wirtschaft weitgehend auf Subsistenzlandwirtschaft beschränkt, soziale und ökonomische Entwicklung kaum spürbar. Es findet eine erhebliche Binnenwanderung aus strukturschwachen Gebieten in die Städte statt.

Illyrien bietet großes Potential für den Ausbau des Tourismussektors. Alle Regierungen seit der Wende 1990 gaben ihm hohe Priorität. Seit etwa 2009 erlebt der Tourismus trotz europäischer Wirtschaftskrise einen Aufschwung. Im Jahr 2014 konnten knapp 800 000 Touristen ins Land, dies sind 28 % mehr als 2009. Im Bereich von Ressort- und Hotelentwicklung besteht beträchtliches Potenzial.

Das Land ist reich an Berglandschaften sowie Burgen, Bergdörfern und einer reichhaltigen Flora und Fauna. Für Erlebnisurlaube (Klettern, Segeln, Rafting) bietet das Land außergewöhnlich gute Bedingungen.

Quelle: x³



Wirtschaftliche Vorzüge und Chancen Illyriens

Der Standort Illyrien bietet Vorteile für potenzielle Investoren:

- Positives gesamtwirtschaftliches Klima, mit vergleichsweise niedriger Inflation
- Reichtum an natürlichen Ressourcen wie Öl, Gas, Kohle, Eisen, Kupfer, Chrom, Nickel und Wasser
- Niedrige Lohnkosten und junge, teilweise sehr qualifizierte Arbeitsbevölkerung

Wachstumsmärkte

- Erdwärmeanlagen, Wasserkraft, Windenergie, Sonnenenergie
- Neue Öl- und Gasfelder
- 5 Mobilfunkbetreiber und Zulieferung, Festnetz erreicht bisher nur 12 % der Bevölkerung
- Landwirtschaft: Gemüse, Obst, Kräuter, Heilpflanzen
- Ausbau einer Nord-Süd-Route in Küstennähe
- Versicherungswesen
- Hotelgewerbe und Tourismusindustrie
- Produkte mit hohem manuellem Anteil der Fertigung, z.B. Textilindustrie

Quelle: x³



Illyrien auf dem Weg in die EU – Status quo und Perspektiven

Der Wandel hin zu einer Demokratie und Marktwirtschaft hat sich für Illyrien als große Herausforderung erwiesen. Nach Ende der fast 50 Jahre andauernden kommunistischen Diktatur befindet sich das Land seit Anfang der 1990er Jahre in einem Transformationsprozess, der sich wegen mangelnder demokratischer Traditionen und einer nur gering entwickelten Wirtschaft als besonders schwierig erweist.

Der Aufbau der Marktwirtschaft hat in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Insbesondere in den urbanen Gebieten sind wichtige Entwicklungen erkennbar. Obgleich die Wirtschaftsleistung beachtlich gesteigert wurde, muss ein Großteil der Konsumgüter nach wie vor importiert werden müssen. Der Export eigener Produkte wird auch durch die Qualitäts- und Hygienestandards der EU erschwert.

Fast die Hälfte der Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft. Der Sektor ist jedoch wenig produktiv und kaum konkurrenzfähig. Die Landwirtschaft dient in der Regel der Versorgung der eigenen Familie mit Nahrungsmitteln (Subsistenzwirtschaft) und ist nicht auf großflächige Produktion angelegt. Darüber hinaus erhalten illyrische Bäuerinnen und Bauern im Gegensatz zu ihren europäischen Nachbarn keine Subventionen. Die Landwirtschaft bedarf einer umfassenden Modernisierung, landwirtschaftliche Erzeugnisse müssen weiterverarbeitet werden, um am europäischen Markt Chancen zu haben. Um den Anforderungen des EU-Binnenmarktes gerecht zu werden, müssen Wirtschaftszweige außerhalb der Landwirtschaft entwickelt werden. Die Tourismusbranche bietet nach Meinung von Experten ein hohes Potential, auch die Baubranche boomte in den vergangenen Jahren. Die Regierung hat zahlreiche Schritte und Bemühungen unternommen, um das Investitionsklima zu verbessern. Die EU-Kommission attestiert dem Land wichtige Fortschritte, weist jedoch darauf hin, dass das Investitionsklima durch die stark verbreitete Korruption und mangelnde Rechtssicherheit belastet wird.

Die illyrische Regierung hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Infrastrukturprojekte in die Wege geleitet. Dies ist Voraussetzung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes. Die Infrastruktur ist bisher in großen Teilen des Landes nur wenig entwickelt. Es fehlen weiterhin Straßen und Autobahnen sowie ein stabiles Eisenbahnsystem. Auch die Gesundheitsversorgung gilt als mangelhaft. Für Investitionen ist die illyrische Regierung stark von ausländischen Geldgebern, z.B. der Weltbank abhängig. Auch Fördergelder der EU haben sich als wichtige Finanzierungsquelle erwiesen und erheblich zum Fortschritt beigetragen.

Armut ist nach wie vor verbreitet, insbesondere in den ländlichen Gebieten. Auch in Illyrien ist eine starke Abwanderung der Bevölkerung vom ländlichen Raum in die urbanen Gebiete zu beobachten. Im Vergleich zum EU-Durchschnitt von 25.500 Euro ist das illyrische BIP pro Kopf mit gut 3500 Euro äußerst gering. In der EU haben lediglich Rumänien und Bulgarien ein BIP pro Kopf von unter 10000 Euro (Bulgarien: 5.200, Rumänien: 6.700). Der Reduzierung von Armut muss dementsprechend im Vorfeld eines EU-Beitritts Priorität eingeräumt werden. Sie ist eng an die Entwicklung der wirtschaftlichen und die Schaffung von Jobs geknüpft. Qualifizierte Arbeitskräfte leben und arbeiten häufig in Griechenland oder Italien. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit in diesen Ländern im Zuge der Eurokrise hatte somit auch für die illyrische Bevölkerung negative Folgen. Darüber hinaus sollte jedoch auch das Renten- und Sozialsystem ausgebaut werden. Denn Armut zeigt sich häufig als Altersarmut, da Renten und Pensionen sehr niedrig sind und in der Landwirtschaft keine Altersabsicherung besteht.

Die größte Herausforderung vor einem EU-Beitritt stellt die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit dar. Korruption zieht sich durch alle Bereiche der illyrischen Gesellschaft und betrifft neben Justizwesen und Polizei auch häufig hohe politische Amtsträger. Auf dem Corruption Perceptions



Index 2014 von Transparency International liegt Illyrien auf Platz 110 von 174 und damit weit hinter den EU-Schlusslichtern Rumänien, Bulgarien, Italien und Griechenland (Platz 69). Die illyrische Regierung hat das Amt eines zentralen Anti-Korruptionsbeauftragten sowie regionale Anti-Korruptions-Vertretungen geschaffen, Gesetze wurden verschärft und die Kontrollen ausgebaut. Die Situation bleibt jedoch problematisch, da ambitionierte Rechtsakte häufig nur ungenügend umgesetzt werden.

Weitere Möglichkeiten, die Korruption zu bekämpfen, lägen in einer besseren Ausbildung und Bezahlung, besonders in der Verwaltung. Langfristig muss die Einsicht wachsen, dass die Bekämpfung der Korruption ein wichtiges Anliegen einer demokratischen Gesellschaft ist.

Zwar schreibt die Verfassung die Gewaltenteilung vor, in der Praxis sind die verschiedenen Bereiche jedoch nicht ausreichend getrennt. Politische und juristische Institutionen sind eng mit der regierenden Mehrheit verknüpft, Posten werden in der Regel nach Parteizugehörigkeit vergeben. Die EU-Kommission kritisiert in ihren Fortschrittsberichten insbesondere die mangelnde Unabhängigkeit, Transparenz und Effizienz der Justiz. Anwälte und Richter sind häufig nur ungenügend ausgebildet und schlecht bezahlt, was die Anfälligkeit für Korruption erhöht. Die Exekutive nimmt weiterhin einen bedenklich hohen Einfluss auf die Justiz und unabhängige Kontrollsysteme. Es zeichnen sich Tendenzen für eine größere Unabhängigkeit der Richter und des Rechtssystems ab. Allerdings bedarf es weiterer umfassender Reformen und einer strengeren Kontrolle, um eine unabhängige Justiz zu garantieren.

Die EU-Fortschrittsberichte weisen positiv darauf hin, dass Illyrien aufgrund der relativ homogen zusammengesetzten Bevölkerung, die zu etwa 90 % aus Illyrern besteht, von interethnischen Konflikten verschont blieb. Auch die verschiedenen Religionen leben friedlich zusammen. Mit knapp 60 % stellt der Islam die am weitesten verbreitete Religionsgruppe dar. Religiöse Toleranz ist in der illyrischen Gesellschaft verankert, die Verfassung schreibt die Trennung von Staat und Kirche vor. Extremistische Gruppen fanden bisher nur wenig Zuspruch.

Die Verantwortung für eine erfolgreiche europäische Integration Illyriens liegt nicht zuletzt auch bei den EU-Mitgliedstaaten. Illyrien hat in der EU ein schlechtes Image und wird in erster Linie mit Rückständigkeit, Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel verbunden. Ein positives Bild zu zeichnen und auf die wachsenden Bemühungen und Fortschritte der illyrischen Regierung hinzuweisen, sollte das gemeinsame Bestreben aller EU-Mitgliedstaaten sein. Nur so erhält das Land eine faire Chance.

Quelle: x³



Euractiv.de, 30.09.2014

Anhörung von Erweiterungskommissar Hahn: „Wir werden keine Däumchen drehen“

In den nächsten fünf Jahren wird es keine Erweiterung mehr geben, hat Jean-Claude Juncker in den politischen Leitlinien der nächsten EU-Kommission festgelegt. „Däumchen drehen“ werde man dennoch nicht, sagte der designierte Erweiterungskommissar Johannes Hahn bei seiner Anhörung.

Am Dienstag fand die Anhörung des designierten Kommissars für Europäische Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik, Johannes Hahn, statt. [...]

Er wolle das Profil der EU in den Politikfeldern Erweiterung und Nachbarschaft schärfen, erklärt Hahn dann in seinem Eingangsstatement. „Die Union muss vor Ort sichtbar und präsenter sein, um unsere fundamentalen Eigeninteressen zu vertreten und als unabdingbarer Reformpartner für unsere Nachbarstaaten.“

Jean-Claude Juncker hatte in seinen politischen Leitlinien für die nächste Kommission angemerkt: „Die EU muss bei der Erweiterung eine

Pause einlegen, damit wir konsolidieren können, was die 28 Mitgliedstaaten erreicht haben. Unter meiner Präsidentschaft der Kommission werden deshalb die laufenden Verhandlungen fortgeführt, da insbesondere die westlichen Balkanstaaten weiter eine europäische Perspektive brauchen, es wird aber in den nächsten fünf Jahren keine Erweiterung mehr geben.“

„Das bedeutet jedoch keinen Stillstand in unseren Aktivitäten“, sagt Hahn. „Im Gegenteil. Meine Rolle wird sein, den Ländern bei der Vorbereitung zu helfen, die EU-Mitglied werden wollen und dabei sicherzustellen, dass alle Kriterien voll erfüllt werden.“

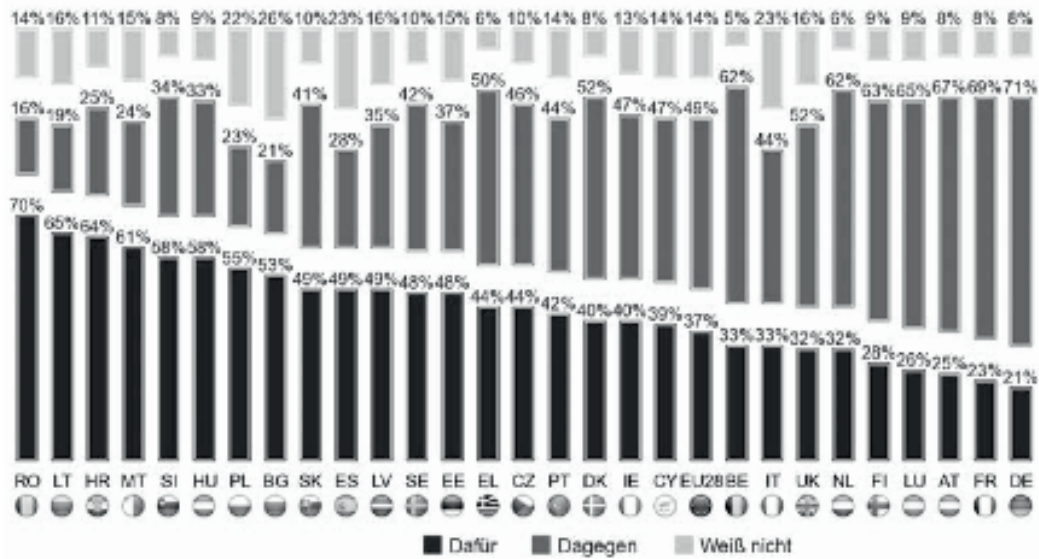
Drei entscheidende Themen sieht Hahn bei künftigen Erweiterungsverhandlungen: Justiz- und Rechtsstaatlichkeit, Wirtschaft und eine funktionierende Demokratie. Sein Motto dabei: „Qualität vor Geschwindigkeit.“ Man werde keine „Däumchen drehen“, in einigen Bereichen werde man die Aktivitäten beschleunigen. [...]

Quelle: <http://www.euractiv.de/sections/europawahlen-2014/anhoeerung-von-erweiterungskommissar-hahn-wir-werden-keine-daeumchen>
[abgerufen am 05.05.2015]



Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union

Die EU-Bevölkerung steht der Erweiterung skeptisch gegenüber



Quelle: Europäische Kommission: Standard Eurobarometer 81 – Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union; Juni 2014; S. 151



Friedrich Ebert Stiftung, April 2013

Unsere Verantwortung endet nicht an den Grenzen der EU

Die Staaten der EG bzw. EU sind durch den Beitritt immer neuer Mitgliedstaaten und die Vergemeinschaftung vieler Politikbereiche zur weltgrößten Freihandelszone geworden. Sie sind jedoch vor allem ein historisch beispielloser gemeinsamer Raum der Freiheit, des Rechts und des friedlichen Zusammenlebens vieler Völker. Es gilt, sich dies immer wieder ins Gedächtnis zu rufen. Die Möglichkeit des Beitritts weiterer Mitgliedstaaten wird allerdings vielfach in Frage gestellt, obwohl Artikel 49 Abs. 1 EUV eine klare und eindeutige Sprache spricht: »Jeder europäische Staat, der die in Artikel 2 genannten Werte achtet und sich für ihre Forderung einsetzt, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden. (...)« Angesichts der gegenwärtigen Krise der EU mehrten sich zudem die Fragen, ob die EU administrativ, politisch und wirtschaftlich in der Lage ist, weitere Mitglieder zu verkraften und ob die Erweiterung nicht einer Vertiefung der Zusammenarbeit der jetzigen Mitgliedstaaten im Wege steht. (...)

Vom Beitritt der mittelosteuropäischen Länder 2004 haben nicht nur sie selbst, sondern auch die EU deutlich profitiert, politisch wie auch wirtschaftlich. Schon im Zeitraum zwischen Verhandlungsbeginn und Beitritt haben sich die Ausfuhren der EU in die beitretenden Staaten mehr als verdreifacht. Ein nicht unerheblicher Teil der hohen Wachstumsraten in den beitretenden Ländern in diesem Zeitraum kann auf den Erweiterungsprozess zurückgeführt werden. Für Deutschlands stark exportorientierte Wirtschaft haben sich durch die EU-Erweiterung große Vorteile ergeben. Der befürchtete Ansturm auf die Arbeitsmärkte der »alten« EU-Länder blieb dagegen aus. Die mittelosteuropäischen EU-Staaten stehen in der Krise besser da als so manches langjährige Mitglied. Dem finanziellen Aufwand für die Erweiterung steht ein noch größerer Nutzen für beide Seiten entgegen. Es muss klar gesagt werden: Die aktuelle Krise offenbart in erster Linie Schwächen der »alten« Mitgliedstaaten und nicht Versäumnisse der »neuen«.

Bei weiteren Beitrittsprozessen sollten politische Rabatte im Sinne einer Aufweichung von Beitrittskriterien oder die Politisierung von Beitrittsprozessen ebenso ausgeschlossen werden wie die vorzeitige Festlegung von Beitrittsterminen. Die verfrühten Beitritte Bulgariens und Rumäniens zeigen, dass ein Beitritt nicht automatisch zu Stabilität, wirtschaftlicher Prosperität und tief verankerter demokratischer Kultur führt. In der Zwischenzeit wurden daraus jedoch Konsequenzen gezogen, die es ermöglichen, in Zukunft solche Fehler zu vermeiden und Fehler, die in der Vergangenheit gemacht wurden, schrittweise zu beheben. (...)

Politisch drohte in der Vergangenheit durch das Prinzip der Einstimmigkeit bei einer zunehmenden Zahl an Mitgliedstaaten tatsächlich die Blockade von Entscheidungsprozessen. Der Vertrag von Lissabon hat das Prinzip der Einstimmigkeit in vielen Bereichen überwunden und deutlich mehr Entscheidungen mit doppelter Mehrheit ermöglicht. Außerdem wurde die Möglichkeit zur verstärkten Zusammenarbeit ausgeweitet. Beide Regelungen verbessern die Handlungsfähigkeit der EU. Die Geschwindigkeit, mit der die 27 EU-Mitgliedstaaten bzw. die 17 Länder der Eurozone Entscheidungen auch von großer Tragweite treffen und in ihren nationalen Parlamenten beraten konnten, zeigt: Die EU-27 sind im Rahmen des Vertrages von Lissabon zu wichtigen Entscheidungen in der Lage, soweit es den politischen Willen dazu gibt. Es ist nicht zu erkennen, warum diese Handlungsfähigkeit in einer EU von 28, 29 oder mehr Mitgliedstaaten grundsätzlich nicht mehr gegeben sein sollte. (...)

Die EU muss auf ihren Bedingungen beharren, gleichzeitig aber ihre 2003 in Thessaloniki gegebene Zusage erfüllen und die europäische Perspektive für den Westbalkan grundsätzlich aufrecht erhalten. Der westliche Balkan darf langfristig kein weißer Fleck auf der Landkarte der EU bleiben. (...)



Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union

Vor allem die Entwicklung Kroatiens ist der Beweis dafür, dass nach den verheerenden Kriegen auf dem Balkan der 1990er Jahre sehr wohl Frieden, Stabilität, Demokratie und letztlich die EU-Mitgliedschaft in der Region erreichbar sind. Am Beispiel Kroatiens lässt sich belegen, welche Transformationskraft die EU-Erweiterungspolitik in sich trägt und wie damit neue Dynamik in die Reformprozesse anderer Erweiterungsländer gebracht werden kann. Es wäre daher geradezu unverantwortlich, den anderen Ländern des Westbalkans zu signalisieren, dass sie in der EU nicht willkommen sind. Zwar ist die Region sehr heterogen, doch teilen die Länder viele Problemlagen, deren Lösung durch eine EU-Beitrittsperspektive maßgeblich befördert werden könnte. Gerade die Beitrittsperspektive ist der entscheidende Punkt, der die demokratischen und reformbereiten Kräfte in diesen Ländern stärkt und laufende Reformprozesse begünstigt.

Auch hier gilt: Wer beitreten will, muss die entsprechenden Kriterien erfüllen und europäische Werte teilen. Die Länder des westlichen Balkans haben in dieser Hinsicht große Herausforderungen zu bewältigen, denn Nationalismus, Korruption und Kriminalität sind weit verbreitet und stellen Hindernisse auf dem Weg der europäischen Integration dar. Dazu kommen große wirtschaftliche und soziale Probleme. Verfassungsreformen in Bosnien und Herzegowina, die angespannten Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo, die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit und Transparenz (...) – all das sind wichtige Baustellen vor dem Hintergrund einer Beitrittsperspektive. (...) Darüber hinaus ist es wichtig, dass die regionale Kooperation zwischen den Ländern des westlichen Balkan ausgebaut und vertieft wird. (...)

Quelle: Friedrich Ebert Stiftung: Unsere Verantwortung endet nicht an den Grenzen der EU - Für eine engagiertere Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union, Internationale Politikanalyse; gekürzte Fassung; 2013, S. 3-5. <http://library.fes.de/pdf-files/id/09891.pdf> [abgerufen am 05.05.2015]



Euronews, 18.07.2012

Rumänien und Bulgarien bleiben EU-Mitglieder zweiter Klasse

Rumänien und Bulgarien bleiben EU-Mitglieder zweiter Klasse. Selbst fünf Jahre nach ihrem Beitritt erfüllen sie nicht alle geforderten Bedingungen. Knackpunkte sind Organisierte Kriminalität, mangelhaftes Justizwesen und Korruption. In einem Bericht empfiehlt die Europäische Kommission in Brüssel, dass die beiden jüngsten EU-Mitglieder weiter unter der Aufsicht der Europäischen Union bleiben. Was Rumänien anbelangt, sieht die EU-Kommission die Reformen durch die aktuelle Regierungskrise gefährdet. Erst zu Beginn der Woche hatte Bukarest der Kommission schriftlich zugesichert, auf die Bedenken Brüssels zu reagieren. Etwas Zeit sei notwendig, um zu überprüfen, ob die Versprechen in die Tat umgesetzt würden, so Mark Gray, Sprecher der Kommission. Später als andere Staaten Mittel- und Osteuropas, erst 2007 waren Rumänien und Bulgarien der EU beigetreten. In Bukarest und Sofia herrschte Jubel, in Brüssel entschied man sich für einen Kooperations- und Überprüfungsmechanismus, der seither in Kraft ist (...). In Bulgarien hat die Organisierte Kriminalität inzwischen mehr Einfluss als je zuvor und in Rumänien blüht die Korruption. Das Justizwesen aber steht in beiden Ländern unter erheblichem politischen Einfluss. Die Überprüfung beider Staaten wird also fortgesetzt. Zu Rumänien will die Kommission den nächsten Bericht Ende des Jahres vorlegen, für Bulgarien ist er für 2013 vorgesehen. Damit könnte auch der ersehnte Beitritt der beiden Länder zum Schengen-Abkommen noch eine Weile auf sich warten lassen.

Und um das Thema zu vertiefen, sprachen wir Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung und früherer Präsident des Europaparlaments.

Euronews: Wie wird das nun mit Rumänien und Bulgarien Ihrer Meinung nach weitergehen?

Hans-Gert Pöttering: Zunächst einmal ist es sehr wichtig, dass die Europäische Kommission als Hüterin der Verträge genau hinschaut inwieweit die Voraussetzungen für die weitere Rechtsstaatbildung, für die Bekämpfung der Korruption und insgesamt der Reformprozess weitergeht in Rumänien und Bulgarien. [...]

Euronews: War diese Aufnahme doch verfrüht?

Hans-Gert Pöttering: Im Kern haben Sie recht. Man muss für die Zukunft daraus lernen, man sollte Mitgliedsstaaten nicht zu früh aufnehmen in die Europäische Union und aus der Sicht von heute muss man sagen, dass es zu früh war, Bulgarien und Rumänien, insbesondere Rumänien aufzunehmen. Aber jetzt sind sie Bestandteil der Europäischen Union und sie gehören zur europäischen Familie, aber sie müssen auch die Bedingungen erfüllen.

Euronews: Welches könnten Ihrer Meinung nach die Ursachen für die Defizite sein, die sowohl Bulgarien – in unterschiedlichem Maß natürlich – aber auch Rumänien aufweisen?

Hans-Gert Pöttering: Natürlich ist es eine gewaltige Arbeit, die zwei Staaten und eine ganze Generation und länger kommunistisch und totalitär regiert waren – dass man diese Erfahrung hinter sich lässt. Die Europäische Union ist eine Rechtsgemeinschaft, das Recht hat die Macht und das ist ein gewaltiger Fortschritt in der Geschichte Europas. Heute sind wir in der Europäischen Union verbunden durch Werte, und der Kern ist die Würde des Menschen, der Kern sind die Menschenrechte, die Demokratie, die Freiheit. Diese Rechtsordnung, die die Europäer in der Europäischen Union verbindet, muss eingehalten werden.

Quelle: <http://de.euronews.com/2012/07/18/rumaenien-und-bulgarien-bleiben-eu-mitglieder-zweiter-klasse> ; gekürzte Fassung [abgerufen am 29.09.2015]



Positive Bilanz der Westbalkan-Konferenz

Viel hatte man sich im Vorfeld von der Westbalkan-Konferenz im August 2014 nicht erhofft. Gerade deshalb kann sie als Erfolg gewertet werden.

Nicht nur die Staaten des Westbalkans, auch die deutsche Bundesregierung, Gastgeberin der Konferenz, und Vertreter der Europäischen Union bestärkten ihr Interesse an einer erweiterten Zusammenarbeit und ließen Umriss einer Strategie erkennen. Insbesondere die Kanzlerin hat sich für eine Erweiterung der EU um die Staaten des Westbalkans stark gemacht. „Wir reden seit 15 Jahren davon. Wer glaubwürdig sein will, muss dann aber auch handeln.“ Besonders aktuell erscheint die Thematik vor allem in Hinblick auf den Krieg in der Ukraine und die Spannungen mit dem Westen. Diplomaten befürchten, dass die russische Führung über Energiegeschäfte gezielten Einfluss auf Staaten des Westbalkans suchen und Unruhe stiften könnte.

„Wenn Regierungen auf dem Balkan sich von der EU hingehalten und nicht ernst genommen fühlen, wenn wir sie immer nur vertrösten aber nicht wirklich helfen, die Länder in ihrer schwierigen ökonomischen und sozialen Lage voranzubringen, dann ist dies eine Einladung an andere, das Vakuum zu füllen. Das Schüren von Spannungen könnte dann bewusst die Reputation der Europäischen Union untergraben“, so eine Expertin der Stiftung Wissenschaft und Politik am Rande der Konferenz.

Quelle: x³

Europa sieht Illyrien als wichtigen Partner der Zukunft in Sachen Energie-Sicherheit. Ein zu realisierendes Großprojekt stellt dabei die Transadria-Pipeline dar. Ab 2019 soll damit Erdgas aus dem Kaspischen Meer via Illyrien nach Italien gebracht werden. Aber auch seine Nachbarstaaten will Illyrien zukünftig mit Energie versorgen. Der Wirtschaftsminister Illyriens blickt stolz auf das hohe Energiepotential seines Landes, verschweigt jedoch nicht, dass im eigenen Land regionale Vernetzungsprojekte im Bereich Gas, Strom und erneuerbare Energien häufig zu langsam in Angriff genommen werden.

Im Laufe der Konferenz verwies die Kanzlerin neben allen Erfolgen auch auf die noch zu lösenden Konflikte der Westbalkan-Staaten. Der schwierige Dialog zwischen Serbien und Kosovo, der Namensstreit Mazedoniens mit Griechenland und die gefährdete Unabhängigkeit der Medien sind nur einige der zu bewältigenden Probleme.

Gemeinsame Infrastrukturprojekte, wie der Ausbau eines gemeinsamen Schienennetzes tragen nicht nur zur wirtschaftlichen Entwicklung bei, sondern auch zu einer Annäherung der Menschen innerhalb der Westbalkan-Region. Die EU-Kommission sicherte den Westbalkan-Staaten weitere Wirtschaftshilfen in Höhe von 12 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 zu und begrüßte die Fortführung des Dialoges im Format einer jährlichen Westbalkan-Konferenz bis 2018.



Roth: „EU-Erweiterungen sind ein Erfolgskonzept“

Eine Erweiterung um die Staaten des Westbalkans wäre nach Ansicht des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Michael Roth, sowohl im Interesse der Europäischen Union als auch der Beitretenden. Sie sollte daher zügig angestrebt werden.

Im Gespräch mit Medienvertretern legte er Wert auf die Feststellung, dass die Zusage einer EU-Mitgliedschaft ausdrücklich bestehe. Es läge jedoch nicht allein in der Hand der Europäischen Union, sondern auch und vor allem der politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen sowie der Zivilgesellschaften in den Kandidatenländern, ob und wann sie bereit seien, die erforderlichen Voraussetzungen für einen Beitritt zu schaffen.

Roth gab an, die Festlegung der amtierenden EU-Kommission, bis 2019 werde es keine weiteren Beitritte geben, sei überhaupt kein Signal nachlassender Aufnahmebereitschaft. Wer nach Ablauf dieser 5 Jahre beitreten wolle habe bis dahin viel zu tun. Der Weg, der vor den Ländern des Westbalkans läge, sei sicher beschwerlich aber er lohne sich.

Alle Staaten des westlichen Balkans hätten eine strategische Wahl für eine Zukunft in der Europäischen Union getroffen. Ihre Aufnahme läge im gesamteuropäischen Interesse, weil so Spannungspotentiale abgebaut würden – ein Gerangel mit Moskau und evtl. Ankara

um künftigen Einfluss in der Region sei dann obsolet. Gerade wenn die betreffenden Staaten ihre feste Verankerung in der EU gefunden hätten, sei Ihnen wie dem Rest der Union eine gedeihliche und von strategischen Befürchtungen befreite Zusammenarbeit mit Drittstaaten möglich.

Roth betonte auch, dass die EU nicht nur eine Wirtschafts-, sondern eine Wertegemeinschaft sei. Sie fokussiere sich vor dem Hintergrund schwieriger Erfahrungen bei den Beitrittsverhandlungen vergangener Jahrzehnte sehr stark auf Fragen der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie, der Zusammenarbeit im Justizbereich sowie der Unabhängigkeit der Medien. Auch lege die EU großen Wert auf die Lösung bilateraler Probleme zwischen Beitrittsstaaten und ihren Nachbarn.

Dies bedeute in der Praxis, dass die schwierigsten Fragen immer zu Beginn anzugehen seien. Er verstehe vollkommen, dass daraus Frust entstehe, weil es für viele scheinbar nicht substantiell vorangehe. Schnelle Verhandlungen über Unproblematisches, die dann nicht zum Abschluss gebracht werden könnten, weil grundlegende Fragen ungeklärt seien, hätten im Ergebnis aber noch viel größeres Frustrationspotential. Entscheidend sei vor allem, dass alle Beteiligten ohne Illusionen aber entschlossen auf das gemeinsame Ziel hinarbeiteten.

Quelle: x³



Norbert Mappes Niediek (SWP)

Mazedonien: Fatale EU-Versäumnisse

Auf dem Balkan rächen sich Europas Versäumnisse. Seit Jahren ertönt in ganz Europa das Lamento darüber, wie verheerend es sei, wenn Länder zu früh der EU beitreten - wie angeblich Rumänien und Bulgarien.

Mazedonien zeigt, was passiert, wenn man ein Land am ausgestreckten Arm verhungern lässt. Ohne konkrete Beitrittsperspektive verlieren die kleinen Nationen in Südosteuropa den Kompass. Mit jedem Jahr, um das der Beitritt in die Ferne rückt, verlieren die Pro-Europäer an Boden; autoritäre Führer und kriminelle Oligarchen bekommen Oberwasser. Am Ende stehen Chaos und Bürgerkrieg. Mazedonien steht kurz davor.

Begonnen hat die fatale Entwicklung des kleinen Balkanlandes vor genau sieben Jahren: Auf einem Nato-Gipfel in Bukarest, als Mazedonien eigentlich Mitglied werden sollte, legte der griechische Delegierte überraschend ein Veto

ein. Sowohl die USA als auch die großen EU-Staaten gingen achselzuckend darüber hinweg. Dort war der Zwischenfall rasch vergessen.

Nicht so in Skopje. Wer in Mazedonien von da an „Europa“ sagte und seine Forderung nach Reformen mit der Hoffnung auf einen EU-Beitritt begründete, erntete ein zynisches Lächeln. Die wollen uns ja doch nicht, tat die Regierung kund, kümmerte sich nicht mehr um Mahnungen aus Brüssel, flirtete mit Putin und drangsalierte die Opposition.

Dabei ist Mazedonien bestes Beispiel, wie segensreich die Aussicht auf den EU-Beitritt wirkt. 2001 schloss die EU in extrem gespannter Lage mit dem Land aus politischen Gründen ein Assoziierungsabkommen und wendete einen drohenden Bürgerkrieg ab. 14 Jahre später ist die Erfahrung vergessen.

Quelle: Norbert Mappes-Niediek; Mazedonien, Fatale EU-Versäumnisse; Kommentar vom 11. 05. 2015; <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/politik/Kommentar-MAZEDONIEN-Fatale-EU-Versaeumnisse;art4306,3210595> [abgerufen am 15. 5. 2015]



Rückblick ins Jahr 2011: Folgen der vollen Freizügigkeit für die MOE-8

Die Fachkräfte kommen. Das hoffte die deutsche Wirtschaft, als am 01. Mai 2011 die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit für acht Länder Mittel- und Osteuropas (MOE-8) in Kraft trat. Die Gewerkschaften hingegen äußerten Bedenken, verstärkte Zuwanderung könne zu Lasten einheimischer Beschäftigter gehen. Arbeitsmarktexperten schließlich hielten sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen für übertrieben: Wahrscheinlich werde nicht viel passieren, denn die besten Arbeitskräfte hätten die fraglichen Länder längst verlassen.

Als am 01. Mai 2011 die letzten Beschränkungen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit für die MOE-8 fiel, war Deutschland bereit und hoffte auf eine Flut von Fachkräften. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt rückte die möglichen Vorteile in den Vordergrund: „Die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit wird sich gesamtwirtschaftlich positiv auswirken und dazu beitragen, unseren Fachkräftebedarf zu sichern“, sagte er. „Qualifizierte Zuwanderer nehmen Einheimischen keine Arbeitsplätze weg, ganz im Gegenteil, sie sichern und schaffen neue Beschäftigung.“ Die dringend benötigten Fachkräfte müssten das Signal bekommen, dass sie in Deutschland tatsächlich erwünscht seien. Ähnlich argumentierte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK). Die Öffnung des Arbeitsmarktes biete Unternehmen vor dem Hintergrund zunehmender Fachkräftengpässe die Gelegenheit, qualifiziertes Personal zu finden, so DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben.

Gewerkschaftsvertreter äußerten hingegen Bedenken. So sagte Frank Bsirske, der Chef der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, gegenüber der Presseagentur dpa: „Ich befürchte, dass viele Zuwanderer bereit sein werden, zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten, als sie in Deutschland üblich sind.“ Es drohe „ein neuer Wettbewerb, eine Abwärtsspirale, in der Unternehmen, die billigere Arbeitskräfte aus Ost- und Mitteleuropa einsetzen, diejenigen Firmen verdrängen, die bessere Löhne zahlen und sozialere Ar-

beitsbedingungen gewähren.“

Auch der Vorsitzende der IG Bau, Klaus Wiesehügel, äußerte im Bayerischen Rundfunk die Befürchtung, dass der Druck auf einheimische Beschäftigte durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit steigen könne.

Experten glaubten jedoch nicht an den einerseits erhofften, andererseits befürchteten Ansturm. Fachkräfte aus Tschechien, Polen, der Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen und Ungarn seien meist schon in anderen europäischen Ländern wie Schweden oder Großbritannien beschäftigt. Hier waren die Pforten für ausländische Arbeitskräfte bereits 2004 weit geöffnet worden, während Deutschland Top-Arbeitskräfte durch ein unattraktives Aufenthaltsrecht auf Abstand hielt. Regelrechte Auswanderungswellen von osteuropäischen Arbeitnehmern erwartete demnach kaum jemand. Die Aufhebung der Freizügigkeitsbeschränkung schien für ein Land wie Deutschland, das in den vorherigen Jahren nur wenige Anreize für ausländische Arbeitnehmer geschaffen hatte, zu spät zu kommen.

Verschiedene Faktoren tragen dazu bei, dass Deutschland für ausländische Arbeitnehmer als Zielland wenig bedeutend ist, insbesondere in den Bereichen in denen händeringend Arbeitskräfte gebraucht werden, wie der Pflegebranche. In Deutschland erwarten die ausländischen Fachkräfte niedrige Löhne, Schwierigkeiten bei der Anerkennung ihrer beruflichen Abschlüsse und eine hohe Sprachbarriere. Deutschland steht damit im Wettbewerb um die Hochqualifizierten nicht besonders gut da. Hinzu kommt, dass aufstrebende Wirtschaften wie Polen bereits selbst auf der Suche nach geeigneten Fachkräften aus dem Ausland sind.

Tatsächlich wurde in Folge des Auslaufens der Übergangsregelung ein ganz leichter Anstieg der Zuwanderung und ein etwas größerer Anstieg der Zahl sozialversicherungspflichtiger und geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse von Bürgerinnen und Bürgern der MOE-8 verzeichnet. Experten schließen daraus, dass



Arbeitnehmerfreizügigkeit

hier vor allem eine Legalisierung zuvor bereits illegal ausgeübter Tätigkeiten stattgefunden haben muss.

und ein vermehrtes „Pendeln“ zwischen legalen Tätigkeiten in Deutschland und den Herkunftsländern.

Beobachtet wurde außerdem ein Rückgang der Zahl der in Deutschland gemeldeten Arbeitslosen mit Staatsbürgerschaft der MOE-8-Staaten

Quelle: x³



bpb, 30.4.2012

Ein Jahr Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland

Seit dem 1. Mai 2011 ist der deutsche Arbeitsmarkt vollständig für Bürger aus acht mittel- und osteuropäischen Ländern geöffnet. Bislang sind 79.000 Menschen aus diesen Ländern zum Arbeiten nach Deutschland gekommen - weit weniger als erwartet. Als Grund nennt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Sprachbarrieren und das deutsche Ausbildungs- und Bildungssystem.

Die Zuwanderung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen aus der Tschechischen Republik, Polen, Slowakei, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen und Slowenien nach Deutschland fällt geringer aus als erwartet. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) war im vergangenen Jahr davon ausgegangen, dass in den ersten zwei Jahren mit einer deutlichen Zuwanderung von 800.000 Personen zu rechnen sei. Vorsichtiger Schätzungen kamen von der Bundesregierung: Sie rechnete damit, dass jährlich bis zu 150.000 Arbeitnehmer zum Arbeiten nach Deutschland kämen. Bislang haben lediglich 79.000 osteuropäische Arbeitnehmer diese Chance wahrgenommen, teilte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) am vergangenen Freitag (27. April) mit. Demgegenüber stehen 1,13 Millionen offene Stellen.

Als einen möglichen Grund für die moderate Zuwanderung nannte das IAB Sprachbarrieren und das deutsche Ausbildungssystem. „Viele junge Osteuropäer sprechen eher Englisch als Deutsch. Damit sei es viel leichter in den angelsächsischen Arbeitsmarkt einzutreten“, sagte IAB-Arbeitsmarktforscher Herbert Brücker dem ZDF-Morgenmagazin. Eine Hürde stelle laut Brücker auch das duale Bildungs- und Ausbildungssystem in Deutschland dar - ein völlig anderes System als in den Herkunftsländern. Erschwerend kommt hinzu, dass Abschlüsse in Deutschland teilweise nicht anerkannt werden.

Insgesamt bewertet das IAB die Auswirkungen

der Arbeitnehmerfreizügigkeit aber positiv. „Durch die zusätzliche Beschäftigung ergeben sich gesamtwirtschaftliche Gewinne für die deutsche Volkswirtschaft“, so Brücker. Vor allem sozialversicherungspflichtige Stellen wurden neu besetzt: Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit stieg die sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung aus den acht Ländern im Jahr 2011 um 82.000 Personen - und damit etwas stärker als die Nettozuwanderung. Das IAB erklärt dies damit, dass Personen, die bereits als Selbstständige in Deutschland gearbeitet haben, auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgestiegen seien.

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen betonte gegenüber dem ZDF-Morgenmagazin, dass die Politik weiterhin aktiv für qualifizierte Fachkräfte werben müsse. Die meisten Zuwanderer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten arbeiten als Leiharbeiter, im Baugewerbe, in der Industrie und in der Gastronomie. 20.600 von ihnen gingen nach Bayern, gefolgt von Baden-Württemberg (11.700) und Nordrhein-Westfalen (14.800).

Die Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit wurden von den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich angewendet. Deutschland und Österreich hatten die maximale siebenjährige Übergangsfrist ausgeschöpft und erst im vergangenen Jahr - als letzte der alten EU-15-Staaten - den Arbeitsmarkt für osteuropäische Arbeitnehmer geöffnet. Die Bundesregierung hatte befürchtet, dass eine verstärkte Migration von Arbeitskräften zu einem höheren Druck auf den Arbeitsmarkt und sinkenden Löhnen führen würde. Großbritannien, Irland und Schweden öffneten ihre Arbeitsmärkte für osteuropäische Bürger unmittelbar nach dem Beitritt. Die Mehrheit der anderen Mitgliedstaaten führte die Freizügigkeit während der zweiten Phase der Übergangsfristen ab dem Jahr 2006 ein.

Quelle: Bundeszentrale für Politische Bildung: Ein Jahr Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland; <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/133524/arbeitnehmerfreizuegigkeit> [abgerufen am 15. 05. 2015]



Konrad Adenauer Stiftung, 10.04.2014

Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt nun auch für Bulgarien. Droht Armutsmigration?

Seit Beginn des Neuen Jahres gibt es keine Beschränkungen mehr für Bulgaren und Rumänen, in Deutschland eine abhängige Beschäftigung aufzunehmen.

Angst vor Armutseinwanderung

Der freie Zugang zum Arbeitsmarkt weckt allerdings in Deutschland bei vielen die Befürchtung, dass das europäische Recht auf Freizügigkeit vor allem von armen Menschen genutzt wird - dass es also vornehmlich zu einer Einwanderung in das Sozialsystem kommen werde. [...]

Prognosen hinsichtlich einer Welle von Armutsmigranten gab es bereits 2011, als sich der deutsche Arbeitsmarkt für acht mittel- und osteuropäischen Staaten öffnete. Die Horrorszenarien erfüllten sich damals glücklicher Weise nicht.

Migration in den Arbeitsmarkt

Migration aus Bulgarien und Rumänien findet schon seit Jahren statt - in der Regel in den Arbeitsmarkt. Die Freizügigkeit für Akademiker, Sonderregelungen für Fach- sowie Saisonarbeiter sowie die von vorn herein geltende Dienstleistungsfreiheit für Selbständige (Gewerbebeanmeldung) machen es möglich. Vor sieben Jahren lag die Zahl der Nettozuwanderung bei etwa 32.000 Menschen, sie stieg 2012 auf etwa 70.000. Momentan leben etwa 119.000 Bulgaren und 205.000 Rumänen in Deutschland. 55 Prozent hatten 2010 einen Hochschul- oder einen FH-Abschluss. Die Arbeitslosenquote lag mit 7,5 Prozent deutlich unter der der sonstigen Ausländer in Deutschland. Die totale Freizügigkeit bietet nun deutschen Unternehmen die Chance, mehr Arbeitnehmer einzustellen, wovon vor allem die Regionen mit Fachkräftemangel profitieren dürften.

Sozialleistungsbezug

Nach Auskunft der BfA waren knapp zehn Prozent der Bulgaren und Rumänen 2010 auf Sozialleistungen angewiesen, also etwas mehr als 30.000 Menschen. Die Einwanderung in die Sozialhilfe ist noch nicht stark ausgeprägt, sie zeigt aber eine deutlich steigende Tendenz. Es haben sich regionale Schwerpunkte von Armutsmigration in einigen deutschen Großstädten wie Mannheim, Dortmund oder Duisburg gebildet. Diese Problematik veranlasste den Deutschen Städtetag 2013, auf das Problem mit großer medialer Resonanz hinzuweisen, denn die betroffenen Kommunen fühlen sich allein gelassen und überfordert.

Aufenthaltsrecht

Nach EU-Recht dürfen EU-Bürger nach Deutschland (und in jedes andere Land der EU) frei einreisen und sich ohne Angabe von Gründen drei Monate dort aufhalten. Dieses Recht besitzen Rumänen und Bulgaren bereits seit dem Beitritt ihrer Heimatländer 2007. Die Freizügigkeit gilt nach drei Monaten allerdings nicht mehr uneingeschränkt. Aufenthaltsberechtigt sind dann nur noch Arbeitnehmer, Auszubildende/Studenten, Arbeitssuchende, Selbständige, entsandte Arbeitnehmer und solche mit genügend Finanzmitteln zum Bestreiten des Lebensunterhalts. Allerdings begründet ein Aufenthaltsrecht nicht automatisch ein Recht auf Sozialleistungen! Häufig melden sich deshalb Eingewanderte als Selbständige an, ohne tatsächlich einer Beschäftigung nachzugehen, um dann nach 90 Tagen weiter aufenthaltsberechtigt zu sein und Sozialhilfe beziehen zu können (Scheinselbständigkeit).

Ein Daueraufenthaltsrecht kann nach fünf Jahren legalem Aufenthalt erworben werden. Es berechtigt zum vollen Sozialleistungsbezug. [...]



Zukünftige Entwicklung

Prognosen über die zu erwartende Zuwanderung sind schwierig zu erstellen. Entsprechend variieren die Schätzungen zwischen 30.000 und 180.000 Personen für dieses Jahr. Die meisten der neuen Zuwanderer dürften allerdings in den Arbeitsmarkt einwandern, weil die letzten Restriktionen für qualifizierte Fachkräfte nun aufgehoben sind.

Die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften ist aus arbeitsmarktpolitischer und aus demographischer Sicht für Deutschland eine existenzielle Frage.

Quelle: Arndt, Marco; Konrad Adenauer Stiftung, Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt nun auch für Bulgarien. Droht Armutsmigration?, gekürzte Fassung, 2014, <http://www.kas.de/bulgarien/de/publications/36530> [abgerufen am 06.05.2015]



Westbalkan: Drehkreuz des organisierten Verbrechens

Der Westbalkan ist das aufstrebende Zentrum der organisierten Kriminalität in Europa. Wie aus einem Bericht der EU Polizeibehörde Europol vom Juni 2013 hervorgeht, nehmen illegale Aktivitäten in der Region weiter zu. Die effektive Bekämpfung ist wichtigste Voraussetzung für eine Integration des Westbalkans in die EU.

Europa verfügt über mehrere Knotenpunkte, an denen kriminelle Aktivitäten wie der illegale Handel mit Menschen, Drogen und Waffen zusammenlaufen. Derzeit gibt vor allem der Südosten Europas Anlass zu Sorge. Der Westbalkan hat sich als zentrale Achse für kriminelle Ströme in und um Europa etabliert. Der Bericht warnt, dass eine Schengen-Erweiterung um Rumänien und Bulgarien zu einem Anstieg krimineller Aktivitäten in der EU führen könnte. Verbrecherbanden aus Illyrien, der Türkei und der ehemaligen Sowjetunion könnten eine Grenzöffnung nutzen, um ihre Aktivitäten weiter auszubauen. Auch die anstehende Visaerleichterung für einige Staaten des Westbalkans, die Ukraine und die Republik Moldau könnten zu einer Verschärfung der Situation beitragen. Ein verstärkter Missbrauch zeichnete sich bereits nach der Visa liberalisierung für andere Staaten des Westbalkans ab.

Quelle: x³

„Die Ausweitung der Visa liberalisierung eröffnet Gruppen der organisierten Kriminalität neue Möglichkeiten, insbesondere im Bereich des Menschenmuggels und der illegalen Einwanderung,“ so ein Mitarbeiter von Europol. Als hoch bedenklich schätzt der Bericht die Situation im Kosovo und Illyrien ein. Illyrischsprachige Gruppen gelten als besonders gut ausgestattet, effektiv und gewalttätig.

Die Region gilt als eine der Hauptbezugsquellen für schwere Waffen und illegale Drogen. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Allerdings weist der Bericht auch darauf hin, dass die organisierte Kriminalität sich modernisiert und internationalisiert habe. Gruppen von Kriminellen seien zunehmend vernetzt und professionalisiert, die Logistik sei in den vergangenen Jahren erheblich ausgebaut worden.

Der Westbalkan könnte somit zum wachsenden Sicherheitsproblem werden. Dem ist im Zuge des Erweiterungsprozesses angemessen zu begegnen, was eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit von EU-Kommission, Mitgliedsstaaten und Beitrittskandidaten wie Illyrien voraussetzt.



Gemeinsame Strafverfolgung im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption

Organisierte Kriminalität ist ein weltweites Problem, dessen Bekämpfung eine starke internationale Zusammenarbeit erfordert. In den Ländern des Westbalkans müssen angemessene Strukturen und Fachwissen etabliert werden, um komplexe kriminelle Gruppen in einem internationalen Kontext zu ermitteln und strafrechtlich zu verfolgen.

Die EU reagiert auf diese Situation, indem sie die Länder des Westbalkans dabei unterstützt, aktiv zu werden. Den ersten Schritt bilden gemeinsame Ermittlungen. Das Projekt „Fight against organised crime and corruption: Strengthening the Prosecutors’ Network“ (Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption: Stärkung des Strafverfolgungsnetzwerks) hilft, die Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgern im Westbalkan zu stärken.

Der Region werden Strafverfolger aus Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt, die ihre dortigen Amtskollegen mit fortlaufenden Beratungsleistungen unterstützen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Untersuchung und Strafverfolgung von grenzübergreifenden Fällen von organisiertem Verbrechen.

„Internationale Verbrecherbanden arbeiten mit sehr gut funktionierenden, organisierten und flexiblen Abläufen, sowie mit stabilen grenzübergreifenden Netzwerken und können so schnell Informationen weitergeben. In der Regel sind uns die Kriminellen stets einen Schritt voraus, doch mit gut funktionierenden und starken Netzwerken können wir aufholen“, erklärte ein Vertreter des österreichischen Bundeskriminalamts.

Der Erfolg des Projekts wurde am 12. April 2013 im gesamten Gebiet des Westbalkans spürbar, als Polizei- Sondereinheiten aus Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien die Operation „Šetač“ („Spaziergänger“) durchführten. Diese Operation wurde von den Medien als der bis jetzt beste Gemeinschaftseinsatz aller Zeiten gelobt. Der Struktur, der in diesen Ländern aktiven Drogenmafia, wurde ein herber Schlag versetzt: Dutzende Verdächtige konnten erfolgreich festgenommen und große Mengen an Waffen und Sprengstoffen beschlagnahmt werden.

Jeder der sieben Strafverfolger aus den Empfängerländern nahm in den Büros von EUROJUST und EU-ROPOL an Schulungen teil, in denen ihnen vermittelt wurde, wie die Zusammenarbeit mit beiden Institutionen verbessert werden kann und wie sie exklusiven Zugang zu entscheidenden Ressourcen und Netzwerken erhalten.

„Dank dieser Erfahrung konnten wir von Expertenmeinungen zu Dingen profitieren, für die es uns in Montenegro an nötigem Fachwissen fehlt“, sagte Blagoje Gledovic vom Justizministerium in Montenegro.

Doch sind es nicht nur die Strafverfolger des Westbalkans, die von diesem Projekt profitieren, sondern letztendlich auch die Bürgerinnen und Bürger, die von organisierter Kriminalität betroffen sind. In Anbetracht des Charakters der modernen organisierten Kriminalität wird das Projekt außerdem große Vorteile für angrenzende Länder haben sowie für Länder, die mit den Kriminalermittlungen in Verbindung stehen, wie die Operation Šetač eindrucksvoll demonstriert hat.

„Das Strafverfolgungsnetzwerk des Westbalkans verzeichnet erstklassige Erfolge im Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Es arbeitet schnell und effizient, und die unterschiedlichen Rechtssysteme stellen kein Problem dar“, schlussfolgert Josip Čule, stellvertretender Generalstaatsanwalt von Kroatien.

Quelle: Europäische Kommission: Broschüre zum Instrument für Heranführungshilfe (IPA); Gemeinsame Strafverfolgung – im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption; 2013; http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/case-studies/overview/130716_successstories_april_multi-country_deu.pdf [abgerufen am 12.05.2015]



Dr. Kurt Schelter

20 Jahre Schengen – eine Erfolgsgeschichte

Am 25. März 1995 hatte der Exekutivausschuß der Schengen-Staaten in Brüssel beschlossen, das Schengener Übereinkommen und das Durchführungsübereinkommen dazu in Kraft zu setzen. Seit dem 26. März 1995 konnte sich deshalb auf dem Gebiet der Europäischen Union und darüber hinaus (Norwegen, Island, die Schweizer Eidgenossenschaft und Liechtenstein) ein Raum der Bewegungsfreiheit ohne Grenzkontrollen im Innern und der Sicherheit an den Außengrenzen entwickeln, der das tägliche Leben der EU-Bürger leichter und sicherer und für Besucher dieses „Schengenraums“ immer attraktiver gemacht hat. (...)

Der Staatspräsident der Französischen Republik, François Mitterrand, und der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Helmut Kohl, haben im Jahr 1985 an den Grenzen zwischen ihren beiden Staaten begonnen, „freie Fahrt für freie Bürger“ endlich Wirklichkeit werden zu lassen. Heute, 30 Jahre später, gibt es zwischen 26 Staaten keine Kontrollen mehr aus Anlass des Grenzübertritts. Diese Kontrollfreiheit gilt für die Land- und Seegrenzen und für die Flughäfen. Damit genießt der größte Teil der insgesamt rund 500 Mio. Einwohner der EU völlige Freizügigkeit im Schengen-Raum. Millionen von Besuchern aus Drittstaaten können sich ebenfalls ohne Grenzkontrollen innerhalb dieses Raums der Freizügigkeit bewegen.

Dies ist eine der wesentlichen Errungenschaften einer schwierigen, letztlich aber erfolgreichen Politik für ein Europa ohne Grenzen. Schengen hat dabei wichtige Schrittmacherdienste auch für die Europäische Union geleistet.

Schon bei der Geburt der Schengen-Idee stand fest, dass Freizügigkeit nach innen und Grenzsicherheit nach außen zwei Seiten einer Medaille sein müssen. Denn ein Verzicht auf Kontrollen aus Anlass des Grenzübertritts im Binnenraum ist nur vertretbar, wenn durch Ausgleichsmaßnahmen an den Außengrenzen sichergestellt wird, dass keine Sicherheitsdefizite eintreten.

(...)

Die Arbeit der letzten Jahrzehnte an einer der Risikolage entsprechenden Sicherung der Außengrenzen des Schengen-Raumes hat gezeigt, dass die Philosophie „Freizügigkeit durch Grenzsicherheit“ nicht nur in der Theorie richtig, sondern auch in der Praxis durchsetzbar ist.

Denn die Schengen-Gemeinschaft hat, auch unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen und sogar nach der sicherheitspolitisch sehr heiklen Osterweiterung der EU, den Nachweis erbracht, dass es, trotz sehr unterschiedlicher Ausgangslagen, möglich ist, die Voraussetzungen für eine effektive und effiziente Sicherung der Außengrenzen zu schaffen. Für Personal und Ausstattung an den Grenzen sind dafür Haushaltsmittel in Milliardenhöhe bereitgestellt und ausgegeben worden. Einige Mitgliedstaaten mussten die Organisation ihres Grenzschutzes grundlegend ändern, was auch den Aufbau völlig neuer Einheiten für die Grenzsicherung umfasste. (...)

Keine andere Maßnahme macht den Fortschritt in der Zusammenarbeit der Schengen-Staaten auf dem Gebiet der polizeilichen Zusammenarbeit im Allgemeinen und der Grenzsicherheit im Besonderen so augenfällig, wie das Schengener Informationssystem. Dieses Fahndungssystem der Schengen-Staaten ist auf dieser Erde einmalig. Noch vor wenigen Jahren wäre es unvorstellbar gewesen, dass Millionen von Datensätzen der Sach- und Personenfahndung zur gleichen Zeit an tausenden von Grenzübergängen Zehntausenden von Grenzpolizeibeamten online zur Verfügung stehen. Diese Datenbank hat auch in jüngster Zeit zu wichtigen Fahndungserfolgen im Kampf gegen den Terror beigetragen. (...)

Die „Schengener Philosophie“ fußt auf der doppelten Zielsetzung von Freizügigkeit und Sicherheit. Personenkontrollen an Binnengrenzen abzuschaffen, setzt das tatsächliche Funktionieren der vorgesehenen Ausgleichsmaßnah-



Schengen

men voraus. Der Wegfall der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen gegenüber Schengener Partnern und später gegenüber neuen Mitgliedern der Europäischen Union ist deshalb nur zu verantworten, wenn und soweit diese Staaten ihre Verpflichtungen bei der Kontrolle und Sicherung der Außengrenzen nicht zu akzeptieren, sondern sie auch – mitverantwortlich für die übrigen Teilnehmerstaaten des Schengener Verbundes – tatsächlich erfüllen.

Die Fähigkeit zur Teilnahme am Schengener Informationssystem als einer der wesentlichen

Ausgleichsmaßnahmen für den Abbau der Binnengrenzen sowie weitere Voraussetzungen treten hinzu. Erst wenn ein Beitrittsstaat nachgewiesen hat, dass er diese Voraussetzungen nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich erfüllt, kommt eine praktische Teilnahme am europäischen Freizügigkeits- und Sicherheitsverbund in Betracht. (...)

Es wäre fatal, wenn die Erfolgsgeschichte von Schengen durch Nachlässigkeiten auf der Basis eines nicht zu rechtfertigenden politischen Rabatts gefährdet würde.

Quelle: Dr. Kurt Schelter (ehemaliger Minister für Europa und Justiz in Brandenburg): 20 Jahre Schengen – eine Erfolgsgeschichte; Blogeintrag vom 25. März 2015; gekürzte Fassung; <http://www.kurt-schelter.eu/blog/20-jahre-schengen> [abgerufen am 15. Mai 2015]